

Antrag 2

1 **Antrag: Erwartungen der Basis an unsere Kandidierende für den Bundestag**

2 Antragsteller*innen: Bezirksvorstand die Linke Berlin Mitte, Niklas Graßmann

3 Am 28. September 2025 wird es voraussichtlich die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag stattfinden.
4 Unsere Partei DIE LINKE ist in einer nicht einfachen Situation. Nach ernüchternden Ergebnissen bei
5 Europawahl und Landtagswahlen in den vergangenen Jahren muss sich unsere Partei in Position
6 bringen, um linke, sozialistische Positionen auch in der kommenden Legislaturperiode im Parlament
7 vertreten zu können und angriffslustig die Perspektive der Lohnarbeitenden Klasse im Wahlkampf zu
8 vertreten. Dafür wollen wir auch Direktmandate in unseren stärksten Wahlkreisen gewinnen. In
9 Mitte wollen wir alles daransetzen, dies umzusetzen und ein Direktmandat im Bezirk gewinnen.

10 Dafür benötigen wir eine Kandidat*in, die unsere politischen Ziele glaubhaft und überzeugend
11 transportiert, und so die Menschen in unserem Bezirk sowie unserer Partei – auf allen drei Ebenen –
12 vertritt. Um das sicherzustellen, erwarten wir die Einhaltung folgender Positionen von der
13 Kandidat*in:

- 14 • Überzeugende Vertretung der Positionen und politischen Ansichten unserer Partei Die Linke
15 Berlin Mitte
- 16 • Verständnis und Respekt gegenüber der demokratisch entschiedenen Beschlusslage unserer
17 Hauptversammlung und des Bezirksvorstands
- 18 • Effektive Einbringung und Vertretung unserer politischen Positionen im Wahlkampf sowie im
19 Parlament
- 20 • Eine gute Verankerung an der Basis unseres Bezirksverbands
- 21 • Regelmäßige Rückkopplung an die Basis in Form von Hauptversammlung und
22 Basisorganisationen bezüglich aktueller Diskussionen und politischen Entwicklungen sowie
23 aktive Mitarbeit in der eigenen Basisorganisation
- 24 • Selbstverständnis als Repräsentant*in der Bezirkspartei und der Menschen im Bezirk und
25 nicht als autonom agierende*r Mandatsträger*in
- 26 • Abgabe der Parlamentsbezüge an die Bezirkspartei bzw. an einen gemeinsam mit dem
27 Bezirksverband entwickelten Sozialfonds. Die Höhe der Abgabe soll so ausfallen, dass das
28 Netto-Gehalt der oder des Abgeordneten nicht höher als das einer Berliner Lehrerin (E13) ist.
- 29 • Das Wahlkreisbüro muss im Bezirk Berlin Mitte liegen. Das Büro ist gemeinsam mit dem
30 Bezirksverband auszuwählen.

31 Mit einer Kandidatur, die den Menschen glaubhaft vermittelt, dass das politische Mandat kein
32 Selbstzweck ist, sondern die Positionen, Sorgen und Ängste der Menschen vertritt und die politische
33 Landschaft an der Basis abbildet, kann sich die Linke im Bezirk glaubhaft als die Kraft präsentieren,
34 die sich nicht für den Kampf um Posten und Gelder an einem „weiter so“ in der aktuellen Politik
35 beteiligt. Wir machen Politik für die Menschen in unserem Bezirk – nicht für den eigenen Geldbeutel.
36 Mandate sind keine Privatsache. Daher erfordert eine Kandidatur und die Ausübung eines Mandats
37 eine kollektive Willensbildung, an die die Kandidat*innen und die Abgeordneten gebunden sind.

38 Nur so kann die Partei glaubhaft ihre Ideale in die Bundespolitik tragen und den Menschen, deren
39 Stimme sie abbildet glaubhaft vermitteln, dass sie diese Ideale auch aus voller Überzeugung und
40 gegen Gegenwind hochhalten wird.

41

42

43 **Begründung:**

44 Abgeordnete im deutschen Bundestag sind die Schlüsselstelle, um nach demokratischen Prinzipien
45 auf die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik einzuwirken. Ihnen obliegt es die Menschen
46 zu vertreten, in all denen Bereichen, in denen die politische Kompetenz (alleinig) beim Bund liegt, in
47 Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie insbesondere in Fragen der Außen- und
48 Friedenspolitik. Nach deutschem Rechtssystem haben Bundestagsabgeordnete ein freies Mandat, sie
49 sind de jure an keinen politischen Auftrag gebunden. Dennoch erleben wir in Deutschland tagtäglich
50 die Ausübung und Auswirkungen von Fraktionszwang. So werden Abgeordnete an die
51 Machtstrukturen in der eigenen Partei gebunden, zu oft bestimmt von oben herab. Unsere
52 Überzeugung ist es jedoch das Bundestagsabgeordnete, auch wenn sie rechtlich kaum gebunden
53 sind, mehr Verantwortung in ihrem politischen Mandat tragen, besonders wenn dieses per
54 Erststimme erreicht wurde. Sie sollten sich bei der Ausübung ihres Amtes auf verschiedener Weise
55 persönlich verpflichtet fühlen. Einerseits gegenüber ihren Wählern, deren Stimmen sie in ihr Amt
56 gehievt haben. Andererseits auch gegenüber den Bewohnern ihres Wahlbezirks, die ihre politischen
57 Ansichten nicht ausdrücken können, zum Beispiel da sie kein Wahlrecht haben. Das ist vor allem
58 wichtig da sich unsere Partei DIE LINKE auch für die politischen Rechte dieser Gruppe kämpft. So folgt
59 auch die dritte Art und Weise, in der sich unsere Bundestagsabgeordneten persönlich verantwortlich
60 fühlen sollte. Nämlich gegenüber der eigenen Partei in Form der eigenen Basis, die Abgeordnete
61 vorher in demokratischer Abstimmung überhaupt erst zu Kandidierenden gemacht hat. Um diese
62 Verantwortung zu stärken, sollte die Hauptversammlung unabhängig der rechtlichen
63 Rahmenbedingungen ihre Erwartungen klar benennen, um auch Kandidierenden klar zu bedeuten, in
64 welchem Maße eine Aufstellung durch den Bezirksverband eine Aussprache des Vertrauens ist.